

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Januar 2015

TOP 1

Zu Beginn der Landtagssitzung werden die sieben Mitglieder des neuen Landesverfassungsgerichts und ihre sieben Vertreter vereidigt. Mitte November 2014 hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt die sieben obersten Verfassungshüter des Landes neu gewählt. Als Präsident des Landesverfassungsgerichts wurde Winfried Schubert im Amt bestätigt.

TOP 2a+b

„Teilhabe für alle“ – so lautet der Titel der Regierungserklärung, die Norbert Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales Arbeits- und Sozialminister, im Januar-Plenum halten wird. Im Anschluss an die Regierungserklärung können die Fraktionen, im Rahmen einer Aussprache Stellung zu den Ausführungen des Ministers beziehen.

TOP 3

Mit einem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD soll die Landesregierung gebeten werden, alle Handlungsfelder aus den EU-Fonds der Förderperiode 2014 bis 2020 für einen Regionalisierungsansatz zu prüfen. Ein besonderes Augenmerk soll in der ELER-Förderung bei den Schwerpunkten Tourismus und Kulturlandschaften liegen. Hintergrund ist ein Landtagsbeschluss vom Mai 2014, durch den die Methode der Regionalisierung zur Entwicklung des ländlichen Raums weiter ausgebaut werden soll. Die Integration der verschiedenen Politikfelder soll dabei fonds- und ressortübergreifend erfolgen.

TOP 4

Eine artgerechte Tierhaltung, die an die Fläche angepasst und auf mehr Wertschöpfung in der Region orientiert ist – das ist Ziel eines Antrags der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit dem Antrag soll der Landtag gebeten werden, die Landesregierung zu beauftragen, sich auf Bundesebene unter anderem für mehr Mitbestimmung der Gemeinden bei großen Nutztierhaltungsanlagen einzusetzen. Außerdem soll auf gesetzlicher Basis festgelegt werden, wie viele Tiere maximal in einer Anlage gehalten werden dürfen.

TOP 5

„Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einführen“ – Mit diesem Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, über die Bundesregierung beziehungsweise den Bundesrat, Obergrenzen für Nutztierbestandsgrößen zu definieren. Dabei soll verschiedene Aspekte bedacht werden, wie zum Beispiel die ökologische Belastbarkeit der Umgebung, die Minimierung der Lebendtierexporte, das Mitspracherecht der Bevölkerung vor Ort und das möglichst gering zu haltende Risiko der Einschleppung und Verbreitung von Tierseuchen.

TOP 6

Mit einem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD soll die Landesregierung gebeten werden, den Artenschutz an Windkraftanlagen zu verbessern. Aktuelle Studien zeigten, dass Fledermausarten die Windkraftanlagen mit Bäumen verwechseln, auf denen sie normalerweise zu Hause sind. Allerdings komme es zu solchen Kollisionen nur, wenn sich die Rotorblätter langsamer drehen. Im Sinne des Artenschutzes wird anhand der Studien daher vorgeschlagen, die Windkraftanlagen bei wenig Wind ganz abzuschalten. Die

Landesregierung wird gebeten, diesbezüglich in Dialog mit den Windanlagenbetreibern zu treten.

TOP 7a+b

(a) In ihrer Große Anfrage „Cannabiskonsum in Sachsen-Anhalt“ beschäftigen sich die Linken unter anderem damit, wie viele Menschen in Sachsen-Anhalt Cannabis konsumieren, wo die Droge herkommt und welche Vertriebswege es gibt. Außerdem werden Fragen nach Risiken, Aufklärung, Hilfe und Präventionsmöglichkeiten thematisiert. Hintergrund ist die politische Debatte nach einer möglichen Legalisierung von Cannabis.

(b) Eine zweite Große Anfrage der Linken stellt „Harte Drogen in Sachsen-Anhalt“ in den Mittelpunkt der Debatte. Darunter werden vor allem Crystal Meth, Crack, Ecstasy, Heroin und Kokain verstanden. Auch hier geht es um Fragen nach Risiken, Aufklärung, Hilfe und Präventionsmöglichkeiten.

TOP 8

Die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Regelung der Zuständigkeiten im Personalausweisrecht vor. Hintergrund ist das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens auf Bundesebene vom Mai 2013. Der Gesetzentwurf will nun das Melderecht in Sachsen-Anhalt den neuen Bestimmungen anpassen und schafft die Rechtsgrundlage für den Aufbau und den Betrieb eines Zentralen Meldedatenbestands als Spiegelregister auf Landesebene.

TOP 9

Die Landesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Sachsen-Anhalt vor. Darin soll die Befreiungsmöglichkeit von der Pflichtmitgliedschaft wegen einer privatrechtlichen Vorsorge neu geregelt werden.

TOP 10

Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legten im Juni 2013 einen Antrag zur Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Homophobie vor. Nach intensiver Beratung im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dieser dem Landtag, den Antrag in geänderter Form anzunehmen. Ziel müsse sein, ein Klima des Respekts und der Toleranz zu verankern.

TOP 11

Die Fraktion DIE LINKE forderte im April 2013 von der Landesregierung eine Analyse der aktuellen Verwaltungspraxis des Kommunalabgabengesetzes bei der Beitragsfestsetzung und -verjährung im Spiegel der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. März 2013. Mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben Bürgerinnen und Bürgern nun erstmalig das Recht auf eine zeitnahe und endliche Beitragsfestsetzung. Nach mehrmaliger Beratung des Antrags im Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dieser dessen Ablehnung.

TOP 12

Finanzminister Jens Bullerjahn legt dem Landtag seine Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012 vor. Damit verbunden ist die Bitte, dass der Landtag einen Beschluss über die Entlastung der Landesregierung herbeiführen möge.

TOP 13

Kinder von Zugewanderten und Flüchtlingen sollen sich in Sachsen-Anhalts Schulen willkommen fühlen. In einem Antrag schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechende Maßnahmen für eine bessere Teilhabe und Chancengleichheit vor. Demnach sollen Flüchtlingskinder beispielsweise nach ihrer Einschulung eine spezielle Deutschförderung erhalten. In der Lehramtsausbildung sollen ein verpflichtendes Modul „Deutsch als Fremdsprache“ und interkulturelle Kompetenz als Querschnittsthema eingeführt werden.

TOP 14

Die Europäische Kommission hat zum 1. Januar 2014 die Rapsbeizung mit neonikotinoiden Wirkstoffen untersagt, weil es schädlich für Bienen sein soll. Landwirte befürchten nun massive Verluste beim Rapsanbau und dass wieder mehr Pflanzenschutzmittel gespritzt werden müssten. Damit würde das eigentliche Ziel des Verbots konterkariert werden. Die Fraktion DIE LINKE beantragt daher, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass schnellstmöglich adäquate alternative Wirkstoffe zur Rapsschädlingsbekämpfung entwickelt werden. Außerdem sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Rapsanbau langfristig zu sichern.

TOP 15

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung gebeten werden, die Gestaltung der Förderrichtlinie für den CLLD/LEADER-Landeswettbewerb zügig voranzubringen. Mit CLLD bezeichnet die Europäische Kommission ein Konzept, durch das Menschen vor Ort die Federführung für Projekte übernehmen, sie selbst planen und umsetzen. Bei der Konzeption der Förderrichtlinien durch die Landesregierung müssten laut Linke einige Punkte beachtet werden, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer zu förderfähigen Kosten zu machen und Förderboni aufrechtzuerhalten.

TOP 16

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Januar die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 17

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „10 Jahre Hartz IV – Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftlicher Umbruch“ beantragt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll sich in der Debatte mit der Hartz-IV-Entwicklung und ihren Folgen für unser Bundesland (zwischen Arbeitsmarkterfolgen, so die Befürworter, und schwindender Solidarität, so die Kritiker) auseinandersetzen.